Christoph Ewen und Kristina Sinemus*

Wer Wind sät, kann auch Sturm ernten

Das Sprichwort wird oft genug zur Tatsache: Wenn Pläne zum Ausbau der Windenergie den Frieden in der Kommune gefährden. In solchen Fällen kann Kommunikation helfen. Denn häufig wird die ohnehin schwierige Situation in den Kommunen durch gegenseitige Vorwürfe, einseitige Darstellungen und (zu) einfache Lösungsvorschläge noch weiter verkompliziert. Gerade kleine Gemeinden finden mitunter nicht mehr aus dem Teufelskreis heraus.

Eine typische Situation: Der Gemeinderat einer Kommune mit mehreren tausend Einwohnern setzt sich mit dem Thema Windenergie auseinander. Schnell wird deutlich, dass es bei der Flächenwahl auf einen Standort in der Nähe eines kleinen Ortsteils hinausläuft. Wenn sich das Vorhaben konkretisiert und ein Projektierer auftritt, der Verhandlungen mit den Flächeneigentümern führt, beginnen einzelne Bürgerinnen und Bürger des Ortsteils zu protestieren. Der Kreis der Protestierenden wächst und der teilörtliche Gemeinderatsvertreter beziehungsweise der Ortsvorsteher oder die Ortsvorsteherin schlagen sich auf die Seite ihrer Miteinwohner. Meist steht das Landschaftsbild im Mittelpunkt der Emotionen – die heimatliche Umgebung verändert sich, man befürchtet Belästigungen durch Schattenwurf, nächtliche Lichteffekte und den je nach Entfernung und Wetterkonstellationen hörbaren Schall.

Foto: Gerald Gunzenhäuser, privat

Eine Belastungsprobe? Ein privater Flächenbesitzer möchte Windenergieanlagen errichten, von denen die Gemeinde nur wenig profitiert.

Nach wie vor ist die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in der Kommune grundsätzlich für die Windenergie und auch im betroffenen Ortsteil ist die Ablehnung nicht flächendeckend. Ungeschickte Kommunikation von Beteiligten, Konflikte aus der Vergangenheit, einseitige Information sowie schwer zu verstehende fachliche und rechtliche Vorgaben können dazu beitragen, dass der Ortsteil sich irgendwann als Verlierer sieht. Oft kommen mehrere Faktoren zusammen, die dazu führen, dass ein Riss durch die Gemeinde geht, durch Fraktionen im Gemeinderat, durch Vereine und sogar durch Familien. Nun kommen Themen wie Infraschall und Gesundheit, Naturschutz oder die Auswirkungen auf den Tourismus dazu. Wenn dann noch als Argument angeführt wird, der Windstrom könne gar nicht richtig genutzt werden und werde zu Schleuderpreisen ins Ausland verkauft, kommen auch überzeugte Anhänger der Energiewende ins Zweifeln.

Es gibt auch andere typische Konstellationen. Zwei benachbarte Gemeinden streiten sich, weil die eine Gemeinde Windenergieanlagen auf ihrer Fläche vorantreibt und die andere Gemeinde vor allem die Belastungen ertragen muss. Oder eine Gemeinde sieht sich mit den Planungen eines großen privaten Flächenbesitzers konfrontiert, der auf seiner Fläche einen Windpark bauen will, von dem allerdings die Gemeinde nur wenig profitiert.

Akteur von außen für eine Versachlichung der Debatte

Während der Pilotphase, die von März bis September des zurückliegenden Jahres andauerte, hat das Forum insgesamt neun Kommunen im Land betreut, seither sind weitere hinzugekom-

* Christoph Ewen und Kristina Sinemus sind Teamleiter des Forums Energiedialog.

men. In all diesen Städten und Gemeinden zwischen Odenwald, Schwarzwald und Oberschwaben hatten Projekte im Zusammenhang mit der Windenergie zu Konflikten geführt. Das Forum hat immer wieder eruiert, woran sich dort die Geister schieden – in zahlreichen Gesprächen mit Bürgermeistern und Gemeinderatsmitgliedern, mit Sprechern von Bürgerinitiativen und mit Projektierern – und dann in Rücksprache mit Bürgermeistern und Gemeinderäten interveniert.

Das Forum Energiedialog ist vom Land Baden-Württemberg beauftragt, das in der Energiepolitik eine klare Haltung vertritt. Von Beginn an hat das Forum aber darauf geachtet, allparteilich zu sein. Das ist ganz entscheidend, denn nur als neutrales Forum kann es Kommunen bei der Deeskalation unterstützen – maßgeblich, indem es dazu beiträgt, die Debatte um den Ausbau der Windkraft zu versachlichen. Das schließt mit ein, dass auch Kritiker und Gegner der Energiewende mit ihren Argumenten wahrgenommen werden und im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem Forum gleiche Behandlung erfahren. Dass es bereits in seiner Anfangsphase dazu beitragen konnte, der Eskalation vorzubeugen oder sie sogar abzuschwächen, geht aus den Rückmeldungen der Bürgermeister der neun Pilotkommunen hervor.

Die Mittel: Dialog und Information

Die Auswertung ihres Feedbacks gibt auch darüber Aufschluss, welche Instrumente sich als besonders wirksam erweisen. Hier sind vor allem zwei Bereiche zu nennen: Dialogformate und die objektive, verständliche und allparteiliche Information. Dialogformate im kleinen Kreis unterstützen den Austausch in und zwischen den Kommunen. Dabei haben Akteure die Möglichkeit, im geschützten Raum und auf Augenhöhe ihre Interessen, Werthaltungen und Argumente im Hinblick auf anstehende Windpark-Vorhaben zu diskutieren. Auch Handreichungen mit Informationen, die bei Meinungsbildung und Entscheidungsfindung hilfreich sind, kamen in den Kommunen gut an. Es geht dabei aber ausdrücklich nicht darum, bestimmten Entscheidungen den Weg zu ebnen. Stattdessen hat die Information zum Ziel, den Bürgerinnen und Bürgern, den Gemeinderäten und Bürgermeistern aufzuzeigen, welche Konsequenzen mögliche Entscheidungen haben. Das Forum greift ihnen hier bei der Erarbeitung konkreter Entscheidungsoptionen unter die Arme – mitunter auch durch die Vermittlung von Expertinnen und Experten von außen. In einzelnen Fällen kann der Dialog noch weiter gehen und es können Kompromisse erarbeitet werden, wenn die komplexen Rahmenbedingungen einen Spielraum dafür ermöglichen.
Inzwischen steht das Forum generell allen baden-württembergischen Kommunen zur Seite, in denen sich ein Konflikt, der sich um Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen der Energiewende dreht, anbahnen kann oder schon entfaltet hat. Dass die Windenergie in der Anfangsphase im Mittelpunkt der Forums-Tätigkeit stand, zeigt, dass sich Konflikte im Rahmen der Energiewende besonders häufig an Windrädern entzünden. Der Tätigkeitsschwerpunkt des Forums kann sich aber schnell verlagern: So ist vorstellbar, dass Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen oder Gaskraftwerke künftig ebenfalls in den Fokus geraten.

Bürgermeister und Gemeinderäte als „Kunden"

Das Forum Energiedialog unterstützt in erster Linie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie die Gemeinderäte. Die Begleitung durch das Forum kann bei vorbeugendem Konfliktmanagement beginnen, indem es dazu beiträgt, ausgewogen und verständlich in der Kommune zu kommunizieren, welches Vorhaben zur Diskussion steht. Insbesondere in einem frühen Stadium der Planungen kann es sinnvoll sein, gemeinsam mit dem Gemeinderat an der Frage zu arbeiten, welche rechtlichen Pflichten und welche Spielräume für die Kommune bestehen. Schließlich umfassen die Maßnahmen des Forums auch die konkrete Konfliktbegleitung, wenn Bürgermeister, Projektierer und Bürgerinitiative ohne externen Moderator nicht mehr in Ruhe miteinander reden können und wollen. Zwischen diesen Extremen können beispielsweise auch Infomärkte für die Bevölkerung organisiert, Expertenanhörungen moderiert und Informationsmaterialien erstellt werden.

Ablauf der Zusammenarbeit von Kommunen und dem Forum Energiedialog:

- Der Bürgermeister wird auf das Angebot aufmerksam und kontaktiert das Forum Energiedialog.
- Sehen beide Seiten Potenziale für eine Zusammenarbeit, wird zunächst eine Umfeldanalyse durchgeführt. Sie ist die Basis für das weitere Vorgehen.
- Nach der Umfeldanalyse schlägt das Forum Energiedialog Maßnahmen vor, die mit dem Bürgermeister abgestimmt werden. So wird das Forum nur in Absprache mit dem Bürgermeister aktiv und auch nur insoweit, wie der Bürgermeister zustimmt.
- Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, die Mitarbeiter des Forums stellen die geplanten Maßnahmen dem Gemeinderat vor.

Was passiert bei einer Umfeldanalyse?

Ziel einer Umfeldanalyse ist, die Situation vor Ort möglichst genau zu erfassen. Dazu sprechen die Mitarbeiter des Forums mit wichtigen Beteiligten, etwa Gemeinderäten, Ortsvorstehern, Sprechern von Bürgerinitiativen, Projektierern und Mitgliedern der Nachbarkommunen. Sie arbeiten vor allem die folgenden Aspekte heraus:

- Wie ist die Situation vor Ort? Gibt es einen Konflikt? Wie weit ist er eskaliert?
- Um welche Themen dreht sich der Konflikt? Geht es um gesundheitliche Fragen, um den Naturschutz oder um den Interessenausgleich zwischen Kommunen?
- In welcher Planungsphase befindet sich das Projekt vor Ort? Wird noch die Flächennutzung diskutiert oder ist schon ein Genehmigungsantrag gestellt? Damit hängt die Frage zusammen, welche Spielräume es noch für Dialog und Aushandlung gibt.

Das Forum Energiedialog bietet den Kommunen zwar vor allem kommunikative Unterstützung an und keine rechtliche und fachliche Beratung. Dies schließt die Vermittlung von Experten oder auch die Organisation fachlich begleiteter Exkursionen zur Klärung von Sachfragen jedoch keinesfalls aus.

Klares Erwartungsmanagement

Insgesamt, auch das wurde in der Pilotphase deutlich, haben klare Absprachen zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und dem Forum Energiedialog große Bedeutung. Das trägt auch dazu bei, dass die Erwartungen an die Zusammenarbeit realistisch bleiben. Ziel des Forums ist nicht, die Bürgermeisterin beziehungsweise den Bürgermeister dabei zu unterstützen, die Windräder zu verhindern oder sie mit aller Macht durchzusetzen. Es wäre jedoch auch zu hoch gegriffen, wollte man den Konflikt in der Kommune abschließend lösen – dafür sind Genehmigungsbehörden und letztlich Gerichte da. Ziel des Forums ist es, die Handlungsfähigkeit der lokalen Politik, die Dialogfähigkeit der Konflikt-Parteien und die Beteiligungsmündigkeit der Bevölkerung zu unterstützen. Dies ist eine Voraussetzung dafür, dass die entscheidungsrelevanten behördlichen Verfahren am Ende respektiert werden. Erst wenn das erreicht ist, sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die bestehenden Konflikte das Klima in der Kommune nicht dauerhaft beschädigen. ■

Az. 794.08

Kontakt

Dr. Christoph Ewen
c.ewen@energiedialog-bw.de
0157 2975 888

Prof. Dr. Kristina Sinemus
k.sinemus@energiedialog-bw.de
0171 3015 982

Die Kompetenzzentren Energie unterstützen das Forum Energiedialog fachlich.
https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Energie

Bildungskongress der Kommunalen Landesverbände

Die Teilnahme ist nur auf Einladung der Kommunalen Landesverbände möglich. Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Landkreistag Baden-Württemberg haben ihre Mitglieder durch entsprechende Mitgliederrundschreiben eingeladen und um Anmeldung auf einem speziell übersandten Anmeldebogen gebeten. Die Anmeldung der Kongressteilnahme ist zwingend erforderlich, weil der Zugang zum Kongress nur mit Kongresseintrittskarten möglich ist, die den gemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechtzeitig vor dem Kongress von der Messe Stuttgart übersandt werden.

Einladungen an die Mitglieder des Gemeindetags Baden-Württemberg sind in der Gt-info Nr. 1037 vom 13.12.2016, Az. 200.00 veröffentlicht.